

Gelnhäuser Tageblatt

BAD ORB

„Für viele Einrichtungen ein Desaster“

04.11.2010 - BAD ORB

Dr. Jens Kreuter und Dr. Peter Tauber diskutieren in Bad Orb über die Zukunft nach dem Wegfall des Zivildienstes



(ez). Weg von der Pflicht - hin zur Freiwilligkeit?: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht stirbt auch der Zivildienst. Dass die Aussetzung bald Fakt ist, davon sind der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dr. Jens Kreuter, und der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Tauber überzeugt. Auf Einladung der Reha-Kliniken „Küppelsmühle“ diskutierten die beiden Gäste aus Berlin zusammen mit dem Geschäftsführer der Klinik, Michael P. Herrmann, dem Verwaltungsleiter Stefan Bartmer und dem Zivildienstbeauftragten Oliver Göbel mit Zivildienstleistenden der „Küppelsmühle“, des Neuro-orthopädischen Reha-Zentrums, der Spessart-Klinik und der Main-Kinzig-Kliniken.

Schon in der Vorstellungsrunde betonten die Zivis, dass sie sich an ihrem Arbeitsplatz auf Zeit wohlfühlten.

Unterschiede zu anderen Mitarbeitern spürten sie nicht. Einige haben inzwischen freiwillig verlängert. Das hat ganz individuelle Gründe. Meist war aber der Studien- oder Arbeitsbeginn ausschlaggebend. Manche haben ihre berufliche Orientierung gefunden, andere suchen noch.

Die meisten Zivis sind im Hol- und Bringdienst eingesetzt. Ein wichtiger Dienst, wie Stefan Bartmer unterstrich, denn hier ist nicht nur das Zwischenmenschliche gefragt, an diesem Dienst hänge auch der geordnete Ablauf einer Klinik.

Den Zivis machen diese Dienste Freude. Und auch der Kontakt mit Älteren, Behinderten und Reha-Patienten sei für sie wertvoll, erklären sie fast unisono. Sie lernen die Menschen kennen und werden zu Vertrauten: „Man nimmt nun diese Menschen auch im Alltag anders wahr.“ Ein anderer ist in der Haustechnik eingesetzt. Damit gewinnt er gleichzeitig für seinen Beruf als Anlagentechniker Erkenntnisse.

Jens Kreuter selbst hat verweigert und war 18 Monate in Israel. Peter Tauber wiederum leistete seinen Wehrdienst

und entdeckte sein Herz für den Zivildienst erst später. Ohne Zivis werde es höheren Zeitdruck und keinen Gedankenaustausch mehr geben, befürchtet er und hob die „Währung Zeit“ hervor. Eine Bundesrepublik ohne Zivildienst sei nur mit Freiwilligen-Modellen möglich, lautete der Tenor. Wenn alle Zivi-Leistungen eines Jahres eingekauft werden müssten, kämen in einer hypothetischen Rechnung Kosten von rund 1,8 Milliarden Euro zusammen, erklärte der Theologe und Jurist Kreuter.

FSJ statt Zivildienst

Auch Heike Meininger von den Main-Kinzig-Kliniken betonte die Bedeutung der Zivis. Sie hoffte auf eine Regelung, sonst seien in den Häusern große Umstrukturierungsmaßnahmen erforderlich. Betriebswirtschaftliche Aspekte sieht auch die „Küppelsmühle“ - und im Wegfall des Zivildienstes für viele soziale Einrichtungen ein Desaster: „Wenn Andere die Dienste leisten, wird es wesentlich teurer.“ Anschlussheilbehandlungen seien nun das größere Feld und nicht mehr die Kuren, so Michael Herrmann. Da die Krankenhauszeiten immer kürzer würden, seien die Patienten zu Beginn immer immobiler und benötigten viel Hilfe. „2009 gab es 90 000 Zivis. Wenn wir 35 000 Freiwillige, natürlich auch Mädchen, für ein Jahr gewinnen könnten“, wäre eine Vision Kreuters, den Ausfall aufzufangen. Doch dazu müsse man Anreize bieten. Mit allen Ideen wollte er noch nicht herausrücken. Hinter den Kulissen werde natürlich gearbeitet. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) solle stärker gefördert werden. Vielleicht gebe es sogar die Möglichkeit, nach einem Jahr den Führerschein zu finanzieren. Die Zielgröße eines monatlichen Taschengeldes gehe in Richtung 500 Euro, erklärte Peter Tauber. Zeiten sollten flexibler gestaltet werden, und es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, die Zeit auf Ausbildungszeiten anzurechnen oder auf Wartesemester zum Studium. Steuerliche Vergünstigungen für einen bestimmten Zeitraum, schlug Michael Herrmann vor.